

PRESSEMITTEILUNG



Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund

Datum: 26.05.2016

Nr.: 12/2016

Pressesprecher: Thorsten Bullerdiak

Tel. 0511 30285-44 * Mobil 0175 1864242

Städte und Gemeinden im Kanzleramt!

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus Niedersachsen fordern Hilfe für die Integrationsarbeit

„Die Integrationsarbeit für die dauerhaft in Deutschland bleibenden Flüchtlinge wird von den Städten und Gemeinden schon jetzt massiv voran gebracht, aber es fehlt uns noch an nachhaltiger Unterstützung durch den Bund. Es kann nicht sein, dass wir vor Ort die Arbeit machen und der Bund und die Länder uns auf den Kosten sitzen lassen“, erklärte der Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Marco Trips, anlässlich eines Termins einer Delegation von Verwaltungschefs aus allen Teilen Niedersachsens im Kanzleramt bei Bundesminister Peter Altmaier. „In den Städten und Gemeinden leisten wir mit den Kindertagesstätten, Schulen, Jugendeinrichtungen, Familienberatungsstellen und Vereinen täglich aufs Neue ein Höchstmaß an vorbildlicher Integrationsarbeit, aber wir brauchen Hilfe, sonst werden wir bei allem Engagement keine vernünftige Integrationsarbeit leisten können. Eine gelingende Integration setzt insbesondere die Finanzierung entsprechenden Personals in den Städten, Gemeinden und Samtgemeinden voraus. Benötigt werden Integrationskoordinatoren, die Netzwerke errichten, sich um die interkulturelle Öffnung der Verwaltung kümmern und das Ehrenamt koordinieren.“

Die 50 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wiesen Altmaier auf die Kostenberechnungen renommierter Institute hin. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln schätzt die Ausgaben auf 19 Milliarden Euro. Das Münchner ifo-Institut nannte kürzlich eine Zahl von 21 Milliarden Euro und das Kieler Institut für Weltwirtschaft geht sogar von 25 bis 55 Milliarden Euro aus. Ein erheblicher Teil dieser jährlichen Integrationskosten fällt bei den Kommunen an. Dies beginnt bei der Schaffung zusätzlicher Plätze in Kitas, an Schulen, einschließlich der Betreuung durch speziell qualifiziertes Personal und setzt sich fort in der Schaffung bezahlbaren Wohnraums, der

Durchführung von Sprach- und Integrationskursen bis hin zur Eingliederungshilfe für Flüchtlinge mit Behinderungen.

„Viele Kommunen haben große Schwierigkeiten, integrationspolitisch notwendige Maßnahmen in die Haushalte einzuplanen. Damit drohe die Gefahr, dass Integration von der Kassenlage der jeweiligen Kommune abhängt“, so Trips.

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister forderten deshalb ein Gesamtfinanzierungspaket, das den Kommunen Planungssicherheit gewähre. Die - so die jüngste Steuerschätzung - steigenden Steuereinnahmen von Bund und Ländern sollten in den kommenden Jahren dazu verwendet werden, die Integration der Flüchtlinge in Deutschland voranzubringen. Auf jeden Fall müsse das benötigte Geld direkt den Städten und Gemeinden zufließen. Vorstellbar sei dafür eine Anhebung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer oder der Einkommensteuer.

„Nur mit Mehreinnahmen können die Städte, Gemeinden und Kreise rasch und unbürokratisch tragfähige Integrationskonzepte umsetzen – aber von einer gelungenen Integration profitiert unsere Gesellschaft langfristig und geht gestärkt aus der Krise hervor“, ergänzte Trips.